

Türkei

## Partner? Das war einmal

Pro-Hamas-Rhetorik, Nato-Querelen und Asylstreit: Deutschland und die Türkei entfernen sich zunehmend. Beobachter fordern neue Strategien für eine Annäherung.

Von **Marion Sendker**

3. Januar 2024, 19:54 Uhr / [12 Kommentare](#) /

EXKLUSIV FÜR ABONNENTEN



*Deutschland und die Türkei: Heute ist fast nur noch von "Beziehungen" die Rede. © Markus Schreiber/AP/dpa*

"Die Liebe der Türken und Deutschen zueinander ist so alt, dass sie niemals zerbrechen wird", sagte Reichskanzler Otto von Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts. Mit "Türken" meinte er das Osmanische Reich, die Türkei [<https://www.zeit.de/thema/tuerkei>] gab es damals noch nicht. Aus der Liebe wurde um die Zeit des Ersten Weltkrieges dann eine "Waffenbruderschaft". Im Laufe der Zeit wich dieser Begriff in den Reden von Politikern beider Länder der "Freundschaft". Daraus wurde ab etwa den Nullerjahren eine "Partnerschaft". Heute ist fast nur noch von "Beziehungen" die Rede.

Doch die Freunde und "Waffenbrüder" von damals haben sich längst entfremdet. Im vergangenen Jahr sorgten vor allem zwei Themen für beidseitigen Frust. Da wären zunächst die unvereinbaren Positionen zum Krieg in Gaza. Präsident Recep Tayyip Erdoğan [<https://www.zeit.de/thema/recep-tayyip-erdogan>] lobt die terroristische Hamas als "Befreiungsorganisation" und

vergleicht den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu mit Hitler. Die Bundesregierung hält an ihrer proisraelischen Staatsräson fest. Über die Auswirkungen beschwerten sich türkische Diplomaten, Politikerinnen und Akademiker seit ein paar Wochen in Hintergrundgesprächen. Deutsche Kollegen hätten Einladungen zu ihren Veranstaltungen zuletzt abgelehnt und gesagt: "Wir kommen nur, wenn die türkische Regierung zugibt, dass die Hamas eine Terrororganisation ist."

Die türkische Regierung [<https://www.zeit.de/thema/tuerkei>] wird dieses Bekenntnis schon aus innenpolitischen Gründen nicht machen. Erdoğan sichert sich mit der Pro-Hamas-Rhetorik die Unterstützung seiner islamisch-konservativen Klientel. Dass zeitgleich der Handel mit Israel weiterläuft und nach türkischen Medienrecherchen daran sogar einer von Erdoğan's Söhnen mit einer Firma beteiligt ist, wird von deutschen Vertretern genauso ignoriert wie von der türkischen Regierung.

## Neuer Ärger droht

Der zweite Streitpunkt ist der Beitrittsprozess Schwedens zur Nato [<https://www.zeit.de/thema/nato>]. Seit etwa eineinhalb Jahren verweigert Ankara seine Zustimmung, weil Schweden aus türkischer Sicht die Terrororganisation PKK und ihre Ableger in Syrien unterstützt. Seit einigen Wochen sagt die türkische Regierung direkt, worum es ihr aber wirklich geht: Sie will im Gegenzug einen Waffendeal über F16-Jets mit den USA. Türkische Akademiker beschwerten sich im Dezember derweil darüber, dass deutsche Kollegen sich auch in dieser Sache "aufspielen" würden: "Neben Gaza ist Schweden ein Grund, warum manche Kollegen unsere Einladungen zu Konferenzen gerade nicht annehmen wollen", sagt ein Sicherheitsanalyst, der anonym bleiben möchte.

Die Sache dürfte sich Anfang des Jahres klären. Mitte Januar trifft sich das Parlament wieder und kann dann theoretisch auch über Schweden abstimmen. In Parlamentskreisen ist man sich sicher, dass die Zusage bald kommt. Man glaubt auch, dass sich die Situation in Gaza bald entspannt – und damit das Verhältnis zu Deutschland. "Ein Ende des Krieges in Gaza und eine Aufnahme Schwedens in die Nato werden für die Beziehungen zweifellos eine positivere Atmosphäre schaffen", sagt auch der Gründer des Thinktanks Edam, Sinan Ülgen. Er glaubt aber nicht, dass dann alle Probleme gelöst sind, weil sie tiefer sitzen. Für das neue Jahr sieht Ülgen vor allem zwei große Themen: Migration und das Verhältnis zur EU.

Inoffiziellen Schätzungen der türkischen Behörden zufolge reisen gerade pro Tag mehrere Hundert Menschen illegal in die Türkei ein. Dort leben bereits mehrere Millionen Afghanen, Syrer, Iraker oder Pakistaner. Für die meisten ist

die Türkei ein Transitland, sie möchten nach Europa, am liebsten nach Deutschland, weiterziehen. Um das zu verhindern und um sich um die Menschen zu kümmern, hat Brüssel seit 2016 gut zehn Milliarden Euro an [Ankara](https://www.zeit.de/thema/ankara) [https://www.zeit.de/thema/ankara] gezahlt. Die deutschen Bemühungen, an einer konstruktiven Beziehung zu Erdoğan zu arbeiten, werden auch aus türkischer Sicht wahrgenommen: "Mein Eindruck ist, dass die deutsche Regierung diesen Deal ausbauen will", sagt etwa der Analyst Ülgen.

## **Zugeständnisse an Rechtsstaatlichkeit geknüpft**

Für Ankara war die Migrationsfrage bisher eine Sache des Geldes – und damit lösbar. Unklar ist dagegen, wie es mit den rapide gestiegenen Zahlen von [türkischen Asylbewerbungen in Deutschland](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-12/tuerkische-asylsuchende-deutschland-migration-integration-rassismus) [https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-12/tuerkische-asylsuchende-deutschland-migration-integration-rassismus] weitergeht. Unterschiedliche Quellen in Berlin, Brüssel und Ankara bestätigen, dass in Deutschland derzeit rund 30.000 türkische Staatsbürger mit abgelehntem Asylbescheid leben und abgeschoben werden müssten. Aus deutscher Sicht verweigert die Türkei eine Rücknahme ihrer Landsleute. Aus türkischer Sicht ist das anders. Man wolle die Menschen zurücknehmen, nur: Deutschland schiebe sie einfach nicht ab. Offizielle Aussagen gibt es dazu nicht. Nach dem Erdoğan-Besuch im vergangenen November in Berlin hieß es lediglich, dass sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Sache annehmen werde.

Arbeiten wolle man laut Bundeskanzler Olaf Scholz auch an einer Verbesserung des Türkei-EU-Verhältnisses. Konkret nannte er auf der Pressebegegnung mit Erdoğan Visa-Erleichterungen und eine Erweiterung der Zollunion: "In den vergangenen Jahren sind wir hinter unseren Möglichkeiten zurückgeblieben." Das sind neue Töne. "Bisher ist alles durch eine strategisch kurzsichtige Politik der Bedingungen und Kritik blockiert worden", sagt der Analyst Ülgen. Was er damit meint: Deutschland und die EU wollen der Türkei erst Zugeständnisse machen, wenn sich die Lage der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verbessert. Laut aktuellem EU-Länderbericht ist das Gegenteil der Fall.

Auch die Türkei vermischt Forderungen, die nichts miteinander zu tun haben. Im vergangenen Sommer kam Erdoğan zum Beispiel auf die Idee, die Schweden-Zustimmung an eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu knüpfen, auf die das Land seit 52 Jahren wartet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Transaktionalität im neuen Jahr weitergeht. Hoffnung macht aber ein für März geplantes EU-Treffen. Inhaltlich soll es um Handel, Energie, Transport und Migration gehen. Die EU-Kommission hatte im November ein Dokument mit Empfehlungen veröffentlicht. "Wenn sich die Mitgliedsstaaten den Vorschlägen

anschließen, wäre das ein positives Momentum", schätzt Ülgen. Andernfalls werde sich die Türkei Ländern wie Russland oder China zuwenden, die Kooperationen nicht an Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit knüpfen.

Diese Staaten haben auch mit einem anderen Faktor kein Problem, der vor allem für Deutschland eine Herausforderung ist: Erdoğan. Nähert Berlin sich konstruktiv der Türkei, kann sich das innenpolitisch als Unterstützung des Präsidenten rächen. Nähert sich Berlin nicht, schürt es das Misstrauen prowestlicher Türken und Ankara entfernt sich weiter. Dabei scheint sich Erdoğan's Position – trotz knappem Wahlsieg – zu verändern. Die internationalen Gespräche zum Gaza-Krieg führt zum Beispiel nicht er, sondern sein Außenminister. Auch wirtschaftlich wurden wichtige Entscheidungen, wie die letzten Erhöhungen des Leitzinses, getroffen, gegen die der Präsident sich stets gewehrt hatte. "Immer wird aber alles nur auf Erdoğan bezogen", ärgert sich Analyst Ülgen. Die Türkei sei ein gespaltenes Land, 48 Prozent hätten bei den vergangenen Wahlen gegen den Präsidenten gestimmt. Er hofft, dass diese große Minderheit mehr berücksichtigt wird. Damit aus "Beziehungen" wieder eine "Partnerschaft" werden kann, müssten sich Deutschland – genauso wie die EU – für das kommende Jahr jedenfalls eine "klügere" Strategie ausdenken als bisher.







